

Zeitschrift: Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 2 (1989)

Artikel: Zum Übergang von einem vorwiegend quantitativen auf ein mehr qualitativ ausgerichtetes Wachstum
Autor: Kappeler, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-833069>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BEAT KAPPELER

**QUALITATIVES WACHSTUM
CROISSANCE QUALITATIVE**

Zum Übergang von einem vorwiegend quantitativen auf ein mehr qualitativ ausgerichtetes Wachstum

Beat Kappeler

Meine Ausführungen schliessen sich eigentlich an jene von Frau Calonder direkt an, bilden aber einen Gegensatz dazu in dem Sinn, als ich von all diesen blendenden und glänzenden Möglichkeiten neuer Qualitäten, neuer Inhalte des künftigen Berufs- und Alltagslebens nicht sprechen möchte. Ich setze das voraus. Sondern indem ich sagen möchte, wenn jemand zu Hause all diese weltweite Vernetzung und Telekommunikation hat, eine interessante Nachricht überspielt bekommt, vor Freude jubelt und sagt: «Kommt wir fahren gleich zu unserem Freund, zeigen ihm das und unterhalten uns über dieses interessante Papier.» Nimmt das Auto und fährt hin, dann ist das qualitative Wachstum zu Ende. Dann nämlich sind wir wieder beim alten Problem, beim qualitativen Wachstum des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen. Und von diesem Teil der künftigen qualitativen Gesellschaft möchte ich sprechen. Ich möchte noch ein weiteres Beispiel aus meinem Quartier bringen. Es steht, durch eine pflegliche Hand hingestellt, ein Kübel vor dem Garagetor der Siedlung mit der Aufforderung, altes Brot hineinzuworfen. Diese Person kenne nämlich einen Bauernhof, wo altes Brot für die Viehfütterung gebraucht werden könne. Das wird rege benützt, und wenn der Kübel halb voll ist, fährt dann die entsprechende Person über Land zur Bauersfrau und bringt ihr das Brot. Es werden einige Kalorien transportiert mit einem Vielfachen an Kalorienaufwand. Ich glaube, die technische Illusion für qualitatives Wachstum muss dann eben eine Illusion sein, wenn man die ganz banalen quantitativen Unterbauten unseres Verhaltens nicht untersucht. Ein letztes volkswirtschaftliches Beispiel: Wir bauen Autobahnen, leiden unter dem Lärm, bauen Lärmschutzwände, sehr lobenswert, und die heute ausgeführten und noch geplanten Lärmschutzwände werden gut noch 2,5 Milliarden Schweizer Franken kosten. Dies ist ein zusätzliches Prozent des Bruttosozialproduktes. Soviele Einkommen entstehen durch die Verästelungen im ganzen volkswirtschaftlichen Gewebe zusätzlich aus dem Bestreben, negative Wachstumsfolgen abzubremesen, und wir wissen vom Schweizerischen Baumeisterverband, dass jedes Prozent zusätzlicher Einkommen in unserem Land, das wäre etwa gerade der Betrag dieses Beispiels, eine zusätzliche Nachfrage nach 38 000 Wohnungen schafft. Also die Errichtung der Lärmschutzwände in der Schweiz wird eine Nachfrage aus diesem Manna der glücklichen Begünstigten, Arbeitnehmer, Arbeitgeber usw., von 38 000 zusätzlichen Wohnungen zusätzlich umgebauten Raumes schaffen. Solche quantitativen Zyklen, glaube ich, müssen wir angehen, wenn wir gleichzeitig den Genuss neuer Techniken, den Genuss alternativer, vielleicht sogar grüner Lebensweise, haben wollen und guten Gewissens haben wollen.

Ich komme zu drei Teilen von Ausführungen. Einige Vorbemerkungen, die ich schon angefangen habe, dann die Ziele qualitativen Wachstums und schliesslich die Mittel.

Erste Vorbemerkung: Auch ohne Wachstum ist der heutige Industrielandstandard zu hoch. Er ist nicht verallgemeinerungsfähig im Weltmassstab. Die 700 Millionen Inder werden nicht diesen Kalorienaufwand für ihr Mittagessen geniessen können, wie wir ihn heute vermittelt durch die Gastfreundschaft des Schweizerhofes geniessen. Sie werden auch nicht die Reisemöglichkeiten alle haben können, wenn das Aufheizen der Atmosphäre verhindert werden soll, und wir auch nicht. Das war meine erste Botschaft.

Die zweite: Nullwachstum oder qualitatives Wachstum beschränkt ziemlich sicher die Anhäufung von Kapital oder verhindert seine Nutzung. Es braucht mehr Kapital für gleichen Genuss. Das ist eine schmerzliche Wahrheit, die nicht anerkannt wird in der öffentlichen Diskussion. Sie sehen immer, dass man für qualitatives Wachstum ist, im Parlament oder anderswo, und dann immer sagt, aber natürlich «wirtschaftlich tragbar». Qualitatives Wachstum ist möglicherweise «wirtschaftlich nicht tragbar». Also nicht in dem Sinne tragbar, dass gleichermassen die optimalen Erträge aus Kapital heraus resultieren können und eine maximale Kapitalakkumulation weiterhin möglich ist. Dritte Bemerkung: Der grösste Teil der Noxen, der Schädlichkeiten unserer Lebenswelt und Arbeitswelt, stammt nicht aus der Produktion, sondern aus dem Konsum. Das ist auch eine harte Wahrheit für ein plebiszitäres System, das Einschränkungen oder qualitative Neuausrichtungen demokratisch beschliessen muss, wo also die Mehrheit der Geschädigten und der Schädiger sich diese Einschränkungen gemeinschaftlich und mehrheitlich auferlegen muss.

Ich komme zu den Zielen. Es ist banal, man muss auf der Eingangsseite des Prozesses in der Wirtschaft und in der Gesellschaft die nicht erneuerbaren Ressourcen irgendwie bremsen, den Verbrauch bremsen, bewirtschaften. Man muss auf der Ausstosseite die maximalen Belastungen, Emissionen und Immissionsgrenzwerte festlegen und durchsetzen. Und schliesslich ein Ziel, das beides prägen könnte, wäre es die Mentalität von Haben und Sein zu korrigieren, zugunsten von Sein und zulasten von Haben. Das betrifft wiederum die Akkumulationsprozesse, betrifft wieder die Überzeugung der plebiszitär notwendigen Mehrheiten für qualitative Änderungen.

Ich komme zu den Mitteln. Ich glaube, bei nicht erneuerbaren und bei erkennbar schädlichen Stoffen, die in Batterien z.B. oder Fluorkohlenwasserstoffsprays usw. drin sind, braucht es direkte Gebote und Verbote. Wir sind wahrscheinlich auf einem Verschmutzungsgrad angelangt, der Marktprozesse mit einigen kleinen Preisveränderungen, Besteuerungen usw. kaum mehr erträgt. Deshalb auch die internationalen Konferenzen beispielsweise im Bereich der Spraytreibmittel. Aber ähnliches dürfte bereits dringend sein auf anderen Gebieten, wo erkennbar schädliche Stoffe eben verbraucht werden. Beispielsweise wäre es ein

Leichtes, den Batterienverbrauch in unserem Land anzugehen. Wir wissen ja, dass jede Batterie, die Sie verbraucht zurückgebracht haben, nicht entsorgt ist, sondern irgendwo in einer Deponie im Aargau rottet. Beispielsweise könnte man mit einem einfachen Gebot und Verbot die Aufladbarkeit von Batterien vorschreiben und damit eine zwar leicht giftigere Variante von Batterien ins Spiel bringen, dafür sie tausendmal aufladen lassen. Und das würde natürlich eine Reduktion der Gesamttoxinen bringen. Das meine ich mit direkten Geboten und Verboten. Es geht nicht darum, einige Aludosen mit Steuern zu belegen, ein bisschen Recycling zu fördern, ein bisschen Batterie-Recycling zu fördern, sondern wir müssen hier, glaube ich, mit direkten Geboten und Verboten einfahren.

Ich komme zum zweiten Punkt: Umweltsteuerung über Markt und Preise. Die Internalisierung von Umweltkosten ist nötig, damit Produzenten und Verbraucher durch sie veranlasste Gesamtkosten endlich einmal in ihren internen Kosten sehen. Diese Internalisierung müsste beispielsweise bei der Energie jetzt gefördert werden. Sie erinnern sich an den Bericht der Kartellkommission, welche diesbezüglich Vorschläge macht und, um die Konkurrenz zwischen Öl und Elektrizität wieder herzustellen und übermässigen Gebrauch von Elektrizität zu verhindern, vorschreiben möchte, dass man Grenzkosten berücksichtigt. Die Elektrizitätswirtschaft ist nämlich kein Marktsystem, in das der Staat allenfalls zur Tarifierung eingreifen würde, sondern sie ist ein Monopolsystem. Wer hat schon zwei Steckdosen zu Hause von zwei konkurrierenden Elektrizitätswerken, ich glaube niemand. Sie ist ein Monopolsystem, dem man Marktverhalten vorschreiben muss, beispielsweise Tarifierung zu Grenzkosten, das ist Marktverhalten, und das wurde kürzlich in einer Parlamentsdebatte fälschlicherweise verteufelt. Also wer viel braucht, muss viel mehr bezahlen. Wer zusätzliche Mengen braucht, muss sie nach den Grenzkosten, die anfallen, entgelten. Wer weniger braucht, muss weniger bezahlen. Ich glaube, das sind einige elementare Dinge, die aber das Parlament gerade in der kürzlichen Session abgelehnt hat, unter dem völlig sinnwidrigen Titel, der Staat solle nicht in den Markt eingreifen. Desgleichen müssen Internalisierungen bei Raumplanung ebenfalls vorgesehen werden.

Gebote und Verbote sowie preisliche Steuerung halte ich für möglich in der Produktion, um sie auf den möglichen Stand der Technik zu bringen. Hier glaube ich, rechtfertigt es sich, nicht nur mit Geboten und Verboten zu arbeiten, sondern die preisliche Steuerung ist beim Produzenten ein Parameter, der beachtet wird, viel mehr als beim Konsumenten. Der Konsument kann sehr oft nicht preislich reagieren, weil er z.B. Mieter ist und die Heizkosten verrechnet bekommt, aber keinen Zugriff hat auf die Art, wie die Heizkosten verursacht werden. Das legt der Besitzer fest, der aber dann die Verbrauchskosten nicht trägt. Hingegen ist in der Produktion eine Internalisierung durch preisliche Steuerung sehr gut möglich. Ich sage gemäss möglichem Stand der Technik und nicht einfach gemäss installiertem Stand der Technik. Das ist die schweizerische

Tendenz, den installierten Stand als Massstab zu nehmen. Im Gegensatz dazu meine ich, dass die Umweltschutzgesetzgebung im Hinblick auf qualitatives Wachstum den möglichen Stand der Technik anvisieren soll und dadurch sogar Konkurrenzvorteile erzwingen kann, weil damit die Industrie zu neuen Prozessen veranlasst wird. Eine dritte Bemerkung betrifft Strassenverkehrsinvestitionen. Ich glaube, hier sollte man stark zurückhalten, und das nicht nur bei Autobahnen und in ihrem Gefolge bei Lärmschutzwänden, sondern vor allem auch im Detail. Wir haben heute noch in fast allen Gemeinden Raumplanungen und Bauordnungen, welche Feinerschliessungen durch den Verkehr befehlen, welche damit unglaublichen Raumverschleiss programmieren und eben auch den Individualverkehr installieren. Wir haben Restaurantordnungen, Gewerbeordnungen in den meisten Ortschaften unseres Landes, welche z.B. einem Wirt, der einen Tisch mehr in sein Restaurant stellen will, eine zusätzliche Parkierkapazität vorschreiben, die ihn zigtausend Franken kosten kann. Das sind ebenfalls solche Massnahmen, die wir heute umpolen und anstelle derer wir natürlich den öffentlichen Verkehr ausbauen sollten.

Vierter Punkt: Bei Lenkungen über den Preis, die durchaus auch im Konsumsektor auf vielen Gebieten ihren Sinn haben können, sollten wir die ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse beachten. Es ist vom Volksmehr her, vom wünschenswerten plebiszitären Absegnen qualitativen Wachstums her nötig, auf diese ungleichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, sonst reserviert man den möglichen Ressourcen- und Umweltverbrauch den Vermöglicheren. Beispielsweise haben die irgendwoher kommenden Vorschläge, Benzin zu Fr. 5.— zu verkaufen, in unseren Kreisen zu Empörung geführt, vielleicht sogar zu Stimmen für die Autopartei, ich weiss es nicht, weil damit einfach klar wurde, autofahren können künftig die Reichen. Also brauchen wir hier sowohl preisliche Lenkungssysteme, aber wir brauchen andererseits entweder ein Zuteilungsprinzip für einen Minimalverbrauch, der ökologisch tolerierbar und damit nicht preislich verwehrt wäre. Wir brauchen eine Ausnahme für vielleicht 60 Prozent des Grundbedarfs, der nicht von preislicher Progression berührt würde und sollten erst dann den massiven Mehrverbrauch ebenso massiv mit zusätzlichen preislichen Korrekturen belasten. Das ist eine wichtige Zusatzbemerkung im Sinne der plebiszitären Akzeptanz solcher Massnahmen zugunsten qualitativen Wachstums. Ein nächster Punkt betrifft ein altes Anliegen, das hier neue Aktualität bekommt. Arbeitszeitverkürzungen führen die Produktion nicht in immer neue Höhen, in immer neue materielle Umschwünge, sondern stabilisieren den Energie- und Ressourcenverbrauch auf ungefähr dem bestehenden Niveau und beziehen die Produktionsfortschritte, die Möglichkeit, mehr zu leisten, in Form kürzerer Arbeitszeiten, in Form von verkürzter Auslastung dieser immer mächtigeren und ausstosswütenderen Produktionskapazität. Ich glaube, diese Frage muss man sich ruhig und abgesehen von politischen Ausmachungen noch einmal überlegen. Die Zukunft der Qualitäten ist eine Zukunft ver-

fügbarer Freizeit, die dann auch die Grenzen mit Arbeitshaltung, Arbeitszeit verwischen kann; wo man vielleicht nicht mehr derart abgrenzt zwischen eigentlicher Arbeit, sozialer Arbeit, Quartiernetzarbeit usw., wo das Zeitbudget aber massiv kürzer ist, was die unmittelbare Produktionsarbeit betrifft.

Zweitletzter Punkt: Man müsste die Initiative fördern und die Zeitpräferenzen der Leute fördern, für Bildungsaktivitäten, für Nachbarschaftshilfe, Stichwort auch soziale Netze. Ich schliesse mich nicht den Rufen an, welche den nahenden Zusammenbruch der klassischen Sozialversicherungen wegen Überalterung, wegen Überausnutzung usw. voraussagen. Aber ich glaube, wenn Korrekturen notwendig sein sollten, dann in dem Sinn, dass man doch auch dank gestiegener Freizeit gewisse soziale Aktivitäten an die Nachbarschaftshilfe, an die Quartiere zurückgeben könnte. Das würde auch hier zu einer gewissen Aufweichung von wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Lebensweise führen, indem sehr viele nichtaktive Personen, rüstige Rentner, Frauen, die zu Hause sind usw. eingefasst werden könnten in quartierweise sozial orientierte Tätigkeiten. Und ferner schliesse ich mich ganz dem an, was Frau Calonder gesagt hat, wir brauchen mediale statt terrestrische Kommunikation, also eben Verkehr über Telefax und elektronischen Briefkasten und nicht via Autoverkehr zueinander.

Zuletzt möchte ich einfach zusammenfassen und sagen, dass diese materiellen Betrachtungen meines Erachtens einfach das Fundament für all die grossen Potenzen und Möglichkeiten sind, die wir haben, und wir sollten nie vergessen, dass wenn wir auch grosse neue technische Schübe befürworten, wenn wir wie im Bericht des Bundesamtes von Nischenpolitik, technologischen Durchbrüchen, innovativer neuer Tätigkeit sprechen, es immer darauf ankommt, wieviel Ressourcen dadurch verbraucht werden und wieviel dadurch gespart werden. Wenn eben der grosse Teil des Ressourcenverbrauchs im Konsum liegt, dann kommt es eben nicht darauf an, ob ein Handlanger oder ein Ingenieur Auto fährt, es stinken beide.